

Eine Digitale Revolution

Für Alle



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	04
EINFÜHRUNG	05
AUFBAU EINER INKLUSIVEN DIGITALEN UNION	06
Digitale Gesellschaft und Wirtschaft, digitale Kenntnisse	07
Besteuerung im digitalen Bereich	09
Privatsphäre und Sicherheit	10
Fake News, Desinformation, Hassrede	11
Kulturerbe	12
Künstliche Intelligenz und Robotik	13
Digitale Arbeitnehmerrechte	14
Breitband - Konnektivität - Internet	15
Urheberrecht und der Digitale Binnenmarkt	16
Datenwirtschaft und Verbraucher	17
AUSBLICK	18



Vorwort

Computer haben einen langen Weg hinter sich: seit den einfachen Anfängen vor 70 Jahren sind Computer inzwischen allgegenwärtig geworden. Was früher Maschinen industriellen Ausmaßes waren, passt heute in ein Sandkorn. Computer sind nicht nur klein, sie sind auch überall: vom Weltraum bis in unsere Hosentaschen, von (fast) selbstfahrenden Autos bis hin zu Herzschrittmachern. Zusammen mit der zunehmenden Vernetzung dieser Geräte hat eine Welle transformativer Veränderungen damit begonnen, unsere grundlegendsten Vorstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft infrage zu stellen.

Dieser Wandel hat der Menschheit viele Vorteile gebracht: einen einfacheren Zugang zu Informationen, weltweite Kommunikation bei vertretbaren Kosten und die Möglichkeit, sich mit Freunden auf der ganzen Welt in Verbindung zu setzen. Für diesen Fortschritt zahlen wir aber auch einen hohen Preis. Unternehmen, die sich aus Profitgier auf die Kommerzialisierung des Internets spezialisiert haben, haben rasch erheblich an Macht gewonnen – sei es durch die Bereitstellung von Internetbrowsern als zentrale Schnittstelle bei der Informationssuche oder als globale Buchhandlung. Diese neuen „Global Players“ sind so schnell und so enorm gewachsen, dass wir kaum das gesamte Ausmaß der Probleme erfassen können, die sie mit sich bringen.

Daher ist das Recht auf Privatsphäre wesentlich. In einer Welt der Allgegenwärtigkeit von Computern gibt es immer jemanden, der unsere Worte belauschen oder unseren Aufenthaltsort ausspähen kann. Wenn diese Technologie-Riesen Kapital aus Massenüberwachung und Big-Data schlagen, verlieren wir unsere Freiheit. Die Freiheit, unsere Stimme zu erheben, wenn etwas falsch läuft, und die Freiheit zu handeln, wenn wir als Gesellschaft für unsere Rechte eintreten müssen. Die Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) fordert das Recht auf Privatsphäre für alle Menschen im Internet wieder ein – nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Trotzdem muss noch mehr getan werden.

Europa muss an einem Strang ziehen, um die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie unseren europäischen Werten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gerecht wird. Wir müssen entschlossen gegen Wahlmanipulation auftreten, die große soziale Netzwerke böswilligen Akteuren ermöglicht haben. Wir müssen gegen repressive Autokratien, die unsere Freiheiten durch Gesellschaftskontrollsysteme durch künstliche Intelligenz abschaffen wollen (wie etwa das Sozialkredit-System in China), aktiv Stellung beziehen.

In erster Linie müssen wir uns als offenes und inklusives Europa vereinigen, das als unabhängiger Souverän handelt, die globale Digitalagenda aktiv festlegt und gleichzeitig europäische digitale Dienste fördert, welche unsere wichtigsten Werte hochhalten.



Josef WEIDENHOLZER,
Stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion,
zuständig für das Digitale Europa



Neue Technologien und das Internet transformieren unsere Welt unaufhörlich. Die Geschwindigkeit dieses Wandels beeinflusst die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte unseres Lebens auf phänomenale Weise. Europa sollte starke Fundamente für eine ordnungsgemäß funktionierende Digitalgesellschaft legen und die Führungsrolle in dieser digitalen Revolution und bei digitalen Technologien übernehmen. Viele Maßnahmen wurden bereits ergriffen und umgesetzt. Dennoch muss noch viel mehr getan werden, da Europa zu oft zu spät dran war.

Als europäische SozialistInnen und DemokratInnen begrüßen wir die Chancen, welche die Digitalisierung bietet. Wir möchten die Digitalgesellschaft der Zukunft aktiv gestalten und haben keine Angst vor den anstehenden Herausforderungen. Wir glauben, dass neue Technologien allen BürgerInnen nützen müssen und dazu beitragen sollten, soziale Ungleichgewichte und Diskriminierung zu bekämpfen, neue und hochwertige Jobs zu schaffen, und Offenheit, Transparenz, Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit in unserer Gesellschaft zu fördern.

Für die meisten BürgerInnen Europas sind soziale Medien, Zugang zu Informationen und Onlineshopping fester Bestandteil ihres Alltags. Technologie verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben, Kontakte knüpfen und kommunizieren. An dieser Stelle ist es entscheidend, ein besseres Verständnis für den möglichen Nutzen und die potentiellen Risiken in Zusammenhang mit der Digitalisierung zu entwickeln. BürgerInnen müssen im Zentrum dieser Revolution stehen. Die S&D Fraktion möchte sicherstellen, dass die Digitalisierung ein Instrument wird, das die Menschenwürde achtet und unsere Grundwerte – insbesondere Freiheit, Gerechtigkeit, Pluralismus, Barrierefreiheit, Gleichheit und Privatsphäre – fördert.

Die digitale Transformation verlangt von allen BürgerInnen die nötigen Fähigkeiten, um nicht abgehängt zu werden. In Zukunft wird ein Großteil der Jobs ein Mindestmaß an digitalen Kenntnissen erfordern. Gleichzeitig besitzen rund 170 Millionen EuropäerInnen zwischen 16 und 74 Jahren (44 %) noch immer keine grundlegenden digitalen Kenntnisse, und zirka 37 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der EU haben geringe digitale Kenntnisse – oder gar keine. Die Digitalkompetenz der BürgerInnen muss in der ganzen Europäischen Union und in allen Generationen gefördert werden. In der digitalen Demokratie wird durch den Erwerb digitaler Kenntnisse die gleichberechtigte Beteiligung an der Zivilgesellschaft, bei digitalen öffentlichen Diensten und öffentlichen Online-Konsultationen erleichtert.

Die digitale Transformation muss so durchgeführt werden, dass Wachstum und Entwicklung in nachhaltiger Form gewährleistet sind, während gute Arbeitsbedingungen und Menschenrechte sichergestellt werden. Die Informations- und Kommunikationstechnologien, in Verbindung mit Festnetz- und mobilem Breitband, werden Menschen in Ländern, Regionen, Städten und ländlichen Gemeinschaften europaweit verbinden und so ihre Lebensqualität verbessern und ihnen neue Möglichkeiten eröffnen. Wir rufen alle EntscheidungsträgerInnen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten, Gewerkschaften, Sozial- und KulturpartnerInnen, Zivilgesellschaft und UnternehmerInnen zur Zusammenarbeit auf, um sich mit den verschiedenen Aspekten und Auswirkungen der digitalen Revolution zu beschäftigen. Die sozialen und demokratischen Prinzipien unserer Fraktion sind der rote Faden in dieser (R)Evolution hin zu einer gerechten Verteilung der Vorteile des digitalen Wandels - auf Grundlage der europäischen Werte von Fairness und Solidarität.

Digitale Gesellschaft und Wirtschaft, digitale Kenntnisse

Die Digitalisierung bietet neue Chancen für Wachstum und Innovation. Digitale Kenntnisse sind für uns alle wichtig, da diese Technologien in jeden Aspekt unseres Lebens Einzug finden, wie etwa im Bereich E-Government, soziale Medien und dem Internet der Dinge. Gleichzeitig hat die digitale Wirtschaft neue Herausforderungen für traditionelle Jobs und Dienstleistungen mit sich gebracht. Fortschreitende Automatisierung und Robotisierung werden immer stärkeren Einfluss auf die Erwerbstätigen haben. Digitale Kenntnisse sind hier der Schlüssel zur Lösung.

Die S&D-Fraktion fordert mehr Programme und Initiativen rund um digitale Kenntnisse für alle BürgerInnen – unabhängig von ihrem Alter und sozialem Status. Nicht alle sind in der Lage, sich rasch genug an technologische Veränderungen anzupassen. Alle EuropäerInnen sollten die Möglichkeit haben, wenigstens grundlegende digitale Kenntnisse zu erwerben und ihren Platz in einem immer dynamischer werdenden Arbeitsmarkt zu finden. Der Erwerb digitaler Kenntnisse muss in jungen Jahren beginnen und als Teil der Lehrpläne ein Leben lang weitergehen. Schulen sollten dabei alle unterstützen und auf ihre spezifischen Bedürfnisse eingehen. Stärkere Anstrengungen müssen unternommen werden, um die digitale Kluft zu schließen, indem insbesondere

SchülerInnen mit Behinderungen oder jene mit Migrationshintergrund unterstützt werden.

ArbeitnehmerInnen muss genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden, um sich weiter- und fortzubilden. Unsere Fraktion fordert ein Recht auf bezahlten Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen sowie höhere Investitionen in „On-the-Job“-Schulung und Fernlehre. Digitale Kenntnisse, Medienkompetenz und die Nutzung digitaler Technologien müssen in alle Lehrpläne aufgenommen werden. Neue Lernmethoden und Lernmittel sollten auch offene Bildungsquellen und offene Wissenschaft einbinden, inklusive Schulung in technischen und digitalen Kenntnissen für Lehrkräfte und Kulturschaffende. Die EU muss die Zusammenarbeit bei Bildung, Mobilität und dem Austausch von bewährten Methoden („Best Practices“) zwischen Hochschulen voranbringen.

Die Digitalisierung hat die traditionellen Wertschöpfungsketten auf den Kopf gestellt. Durch die digitale Wirtschaft wurden neue Chancen und Investitionsmöglichkeiten im EU-Binnenmarkt geschaffen. Es braucht neue politische Strategien, um mit der globalen Beschaffenheit digitaler Ökosysteme und Wirtschaften umgehen zu können. Start-ups, die einen bedeutenden Teil der europäischen Wirtschaft

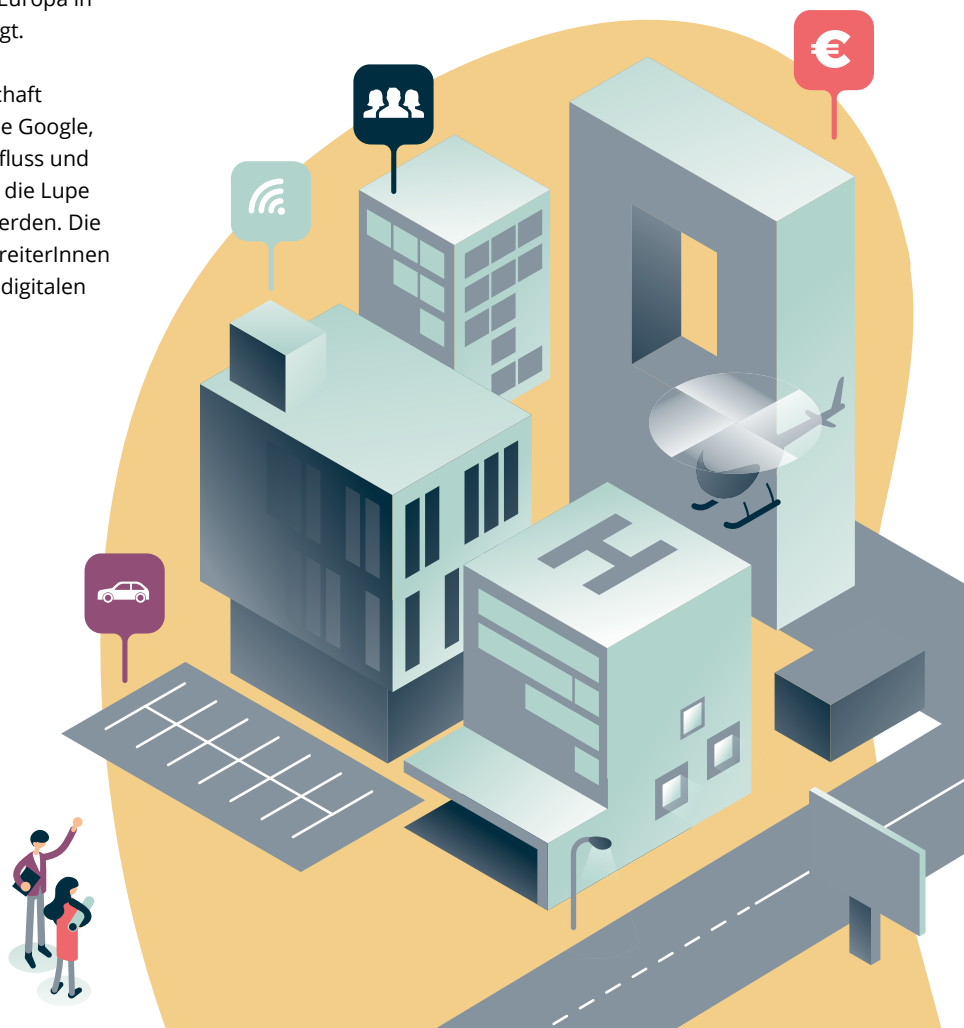
darstellen, tragen signifikant zu Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Ein stabiles und innovationsfreundliches Umfeld dürfte ihnen dabei helfen, zu wachsen und zu prosperieren. In einem globalisierten und digitalisierten Umfeld müssen sich europäische Industriebranchen an neue Technologien anpassen und neue digitale Techniken entwickeln, um weiter im Wettbewerb bestehen zu können. Unsere Fraktion sieht Bedarf für industriepolitische Strategien auf höchster Ebene, und daher werben wir für Zugang zu und Nutzung von modernsten Technologien, dem Internet der Dinge, Big Data, DApps und Cloud-Computing oder auch 3D-Druck für europäische Industriebranchen. Auf dem Gebiet der digitalen Innovation gibt es vielfältige Strategien, Initiativen und unterschiedlichste Vorteile für europäische Industriebranchen.

Auf einigen dieser Gebiete hinkt Europa hinterher, und andere bedeutende Akteure (die USA, China oder Russland) haben hier die Führungsrolle übernommen. Europa muss seine Fähigkeiten in Schlüsselbereichen wie künstliche Intelligenz, Cybersecurity, DApps oder Supercomputing verstärken, um die Digitalisierung im Einklang mit unseren Prioritäten und Werten gestalten zu können. Ohne deutlichen Anstoß seitens der Europäischen Union und nationaler Regierungen, das richtige Umfeld und die geeigneten Anreize zu schaffen, wird Europa in einem fragmentierten Markt einfach abgehängt.

Im Zuge des Aufschwungs der digitalen Wirtschaft müssen multinationale Technologie-Riesen wie Google, Amazon oder Facebook, die beispiellos an Einfluss und Reichtum gewonnen haben, viel stärker unter die Lupe genommen, und zur Rechenschaft gezogen werden. Die SozialistInnen und DemokratInnen waren VorreiterInnen im Kampf gegen die Monopole dieser großen digitalen

Datenkonglomerate. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Online-Plattformen eine Schlüsselrolle bei Innovation und Wachstum auf dem digitalen Binnenmarkt zukommt. Sie haben neue Geschäftschancen eröffnet, den Zugang zu Informationen revolutioniert, die Auswahl für VerbraucherInnen vergrößert, die Beteiligung von BürgerInnen an Gesellschaft und Demokratie verstärkt, sowie KäuferInnen und VerkäuferInnen besser und effizienter zusammengeführt.

In vielen Fällen wird der verstärkte Netzwerkeffekt aber nicht nur durch höhere Flexibilität, neue Formen digitaler Interkonnektivität oder niedrige Transaktionskosten erreicht. Zu häufig wird er durch das Verschieben sozialer Kosten hin zu Arbeitern und der Allgemeinheit, durch Umgehung von Steuerpflichten, Arbeitsgesetzen und anderen Handelsstandards erzielt. Das ist politisch inakzeptabel und gesellschaftlich untragbar. Während es auch positive Beispiele von Tech-Firmen wie Spotify oder booking.com in Europa gibt, handelt es sich bei derartigen Plattformen und Digitalfirmen leider zu oft um außereuropäische Unternehmen. Europa muss ein aktiverer Akteur werden und ambitionierter bei der Entwicklung seiner eigenen Fähigkeiten vorgehen, seine Autonomie stärken und in der Lage sein, einen Mehrwert in Europa zu schaffen.





Besteuerung im digitalen Bereich

Heutzutage vermeiden globale Akteure wie Google, Facebook oder Amazon die Zahlung angemessener Steuern, weil sie im betreffenden Land keine Niederlassung haben. Unsere Fraktion hat diese Technologie-Riesen dazu aufgerufen, sich an das Grundprinzip „Steuern dort zahlen, wo Gewinne gemacht werden“ zu halten. Das Fehlen eines aktualisierten internationalen Rahmens führt dazu, dass die öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten schrumpfen und der Reichtum ungleich verteilt ist, was die sozialen Ungleichheiten weiter verschärft.

Als SozialistInnen und DemokratInnen haben wir die Initiative der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des europäischen Steuersystems unterstützt, deren Ziel harmonisierte Vorschriften auf dem EU-Binnenmarkt sind. Europa sollte ein globaler Vorreiter bei der digitalen Besteuerung sein, um dabei sein Gewicht weltweit geltend zu machen und seine Bürger zu schützen.

Privatsphäre und Sicherheit



Datenschutz und digitale Privatsphäre (E-Privacy) sind eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Daher betonen wir, dass es notwendig ist, einen Rechtsrahmen aufzubauen, um illegales und unethisches Handeln einzudämmen bzw. zu verhindern. Die Mehrheit der EuropäerInnen ist im Internet, in sozialen Medien und auf Online-Plattformen aktiv. Personenbezogene Daten gelangen ohne Einwilligung ihrer Eigentümer, die sich der Nutzung ihrer Daten nicht bewusst sind, in die Hände multinationaler Datenfirmen. Der Facebook-Skandal und seine fortdauernden Auswirkungen bestätigten umso mehr den dringenden Bedarf an strengeren Regeln zur digitalen Privatsphäre in Europa und weltweit. Die EU-Datenschutz-Grundverordnung regelt die Rechte der BürgerInnen klar und deutlich, sowie auch das Recht auf Zugang zu Informationen, die Richtigstellung von Falschinformationen und das Recht auf Beschränkung des Datenzugriffs in bestimmten Fällen.

Ein sicheres Umfeld und Spielfeld für alle öffentlichen und privaten Akteure gewährleistet Wohlstand und nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union. Wir haben auf Probleme und Herausforderungen der Cybersecurity aufmerksam gemacht. Hierzu wurden bereits mehrere Initiativen und Strategien von der Europäischen Union initiiert, um unsere digitale Sicherheit zu erhöhen. Heute koordiniert eine EU-Cybersecurity-Agentur die Vorbeugung und Bekämpfung jeglicher Form von Cyber-Attacks. Wir haben höhere Investitionen in Europas Cybersecurity gefordert, um den ständig wechselnden Bedrohungen gewachsen zu bleiben und unsere Verteidigung in der ganzen EU und ihren Mitgliedstaaten und gegen alle Arten von Cyber-Kriminellen zu verstärken.

Fake News, Desinformation, Hassrede

Im digitalen Zeitalter äußern sich die BürgerInnen Europas auf neue Arten und Weisen sowie durch moderne Mittel und haben Zugang zu früher nicht existierenden Informationsquellen und Kommunikationsmitteln. Dies hat ein neues Maß an Desinformation ausgelöst, das unsere freie demokratische Gesellschaft bedroht. Unsere Fraktion hat mehrere Initiativen auf europäischer Ebene unterstützt, um gegen Fake News und Desinformationen im Internet vorzugehen. Die EU muss auch gegen weitere neue Phänomene kämpfen, wie zum Beispiel Cyber-Mobbing, Phishing, Sexting, Computerspiel- und Internetsucht, mit Telearbeit verbundener Stress oder die „Angst, etwas zu verpassen“. Die Förderung von Medienkompetenz und die Schulung von BürgerInnen, insbesondere Kindern, in der kritischen Nutzung digitaler Medien ist ganz wesentlich. Es muss auch mehr unternommen werden, um Qualitätsjournalismus und Transparenz in der EU zu begünstigen.

Wie der Skandal um Facebook und Cambridge Analytica gezeigt hat, versuchen diverse Akteure, das Fundament unserer europäischen Demokratie zu unterminieren, indem sie irreführende oder falsche Informationen verbreiten. Die EU drängt darauf, Online-Plattformen und soziale Medien für Inhalte, die auf ihren Webseiten verbreitet werden, stärker in die Verantwortung zu nehmen. Selbstregulierung reicht nicht aus. Mangelndes Vorgehen gegen diese ernststen Probleme muss Konsequenzen nach sich ziehen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass grundlegende demokratische Rechte - wie Redefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung - nicht beschnitten werden.






Kulturerbe

Europa muss seine Bemühungen beschleunigen, sein immenses kulturelles und kreatives Kapital zu digitalisieren. Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, die uns die neuen Technologien bieten, um Europas Kultur für jeden zugänglich zu machen.

In den letzten Jahren hat die Europäische Union eine Reihe von Initiativen gestartet, um Synergien zwischen KünstlerInnen und TechnologInnen zu schaffen, die 3D-Modellierung stark zu fördern und historische Gebiete, Bauwerke und Denkmäler zu schützen. Heute haben die EuropäerInnen über das Internet Zugang zu immer mehr kulturellen Materialien und lernen damit die Kultur und Geschichte Europas und seiner Völker kennen.

Unsere Fraktion hat diese Maßnahmen aktiv unterstützt. Wir bestehen auf der Notwendigkeit, den digitalen Wandel in den kulturellen und kreativen Branchen vorwärtszubringen und deren Beitrag zu einer fairen und ethischen Nutzung und Entwicklung digitaler Mittel und Infrastrukturen zu fördern. Darüber hinaus unterstützen wir die Bekanntmachung des europäischen Kulturerbes (sowohl des materiellen als auch des immateriellen), sowie auch den Schutz, Erhalt und die Verbreitung von Kulturerbe durch Digitalisierung oder durch spezielle digitale Initiativen wie Europeana und die Kulturerbe-Cloud.

Künstliche Intelligenz und Robotik



Die Revolution durch Künstliche Intelligenz (KI) begann bereits in den 1950er-Jahren und hat seitdem unseren Alltag durchdrungen: Spam-Mails identifizieren, gezielt online werben, Gesichter in sozialen Medien erkennen und mit Smartphones-Features Sprache in Text umwandeln, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

In Anbetracht der raschen Entwicklung maschineller Lernverfahren sowie der Konsequenzen von KI-Systemen für die Gesellschaft (etwa durch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt) hat unsere Fraktion zur Schaffung eines neuen Rechtsrahmens für Künstliche Intelligenz aufgerufen, der sich auch mit ethischen Aspekten auseinandersetzen sollte. Die europäische KI Alliance – als Forum für breite und offene Diskussionen über den Einfluss der Entwicklung Künstlicher Intelligenz – ist nur der erste Schritt.

Wir fordern klare Gesetzesvorlagen für die Zukunft, um die Ambition der Europäischen Union, bei KI-Technologien eine weltweit führende Rolle zu spielen, energisch voranzubringen. Europa ist verpflichtet, seine BürgerInnen auf die Zukunft vorzubereiten und für die Herausforderungen, Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz zu sensibilisieren. Es muss außerdem dafür gesorgt werden, dass die Unterstützung für diese Branche im Vergleich zu den bisher unternommenen Maßnahmen verstärkt wird. Europa hinkt bei der Entwicklung von KI-Anwendungen und Cybersecurity hinterher, weshalb es dringend erforderlich ist, unsere eigenen europäischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln, um unsere Unabhängigkeit zu vergrößern und unsere Werte zu schützen.

Wie Künstliche Intelligenz beeinflusst auch die Robotik immer stärker alle Dimensionen unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Sie hat unser Leben bereits tiefgreifend verändert und bietet in vielen Bereichen Fortschritt und Unterstützung, wie zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in der Fertigungswirtschaft. Im Gesundheitswesen spielen Roboter zusammen mit Künstlicher Intelligenz eine wichtige Rolle bei der Analyse von

Patientendaten. So verbessern sie die Diagnostik und bieten hochqualifizierten Gesundheitsprofis eine Hilfestellung. Die Robotik ist die Triebkraft der vierten industriellen Revolution und ermöglicht dadurch den europäischen Unternehmen, auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu sein.

Unsere Fraktion ruft zu massiven Investitionen in den Bereichen Robotik und Künstliche Intelligenz auf. Nichtverarbeitende Branchen wie Landwirtschaft, Transport oder Sicherheit werden in den kommenden Jahren ebenfalls davon profitieren und dadurch wachsen. Durch die Regulierung der Robotik wird die EU faire Voraussetzungen für Zuverlässigkeit, Verantwortung und Schutz von Nutzern und VerbraucherInnen gewährleisten.

Diskussionen und Forschungsarbeiten sind derzeit im Gange, um die Folgen der Künstlichen Intelligenz und Robotik auf die Beschäftigung und Zukunft des Arbeitsmarktes in Europa und der Welt zu antizipieren. Manche Wissenschaftler und Forscher machen auf die Risiken aufmerksam, andere sehen mehr Chancen hinsichtlich der tatsächlichen Anzahl von Menschen, die ihren Job verlieren würden, im Vergleich zu jenen, die einen neuen fänden. Bisher gibt es darauf keine eindeutige Antwort. Wir können jedoch nicht passiv bleiben und auf eine endgültige Entscheidung warten, weil es dann eventuell zu spät sein könnte. Künstliche Intelligenz und Robotik (zum Beispiel selbstfahrende Autos) revolutionieren einige Industrien, in denen Europa noch immer zu den „Global Champions“ zählt. Wir müssen proaktiv sein und Europa an der Spitze halten, um Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung zu bewahren. Europas Industriebranchen müssen das Zentrum der Fertigungswirtschaft für den Rest der Welt bleiben. Europa muss mehr sein als nur ein Markt, auf dem Technologien verkauft werden, die man in anderen Teilen der Welt herstellt.



Digitale Arbeitnehmerrechte

Die Kommissionstrategie für den Digitalen Binnenmarkt berücksichtigt fast gar nicht die soziale Dimension der digitalen Wirtschaft und deren Einfluss auf das Leben und die Arbeit von Millionen EuropäerInnen. Es ist von größter Bedeutung, die Entwicklung des Digitalen Binnenmarktes auf sozial gerechte und nachhaltige Weise zu gestalten, um sicherzustellen, dass Beschäftigung und Sozialpolitik mit der Digitalisierung des Arbeitsmarktes Schritt halten.

Die S&D Fraktion ist der Meinung, dass neue Formen von Beschäftigung und Arbeit auf Online-Plattformen eine bessere Work-Life-Balance, zusätzliches Einkommen und neue Chancen für Menschen mit Abstand zum Arbeitsmarkt bieten können. Es besteht aber auch die Gefahr, dass neue Arbeitsverhältnisse in der Plattform-Wirtschaft die geltenden Sozial- und Beschäftigungsnormen unterminieren und prekäre Formen der Beschäftigung entstehen lassen. Daher muss sichergestellt werden, dass alle PlattformarbeiterInnen dieselben Sozialversicherungs- und ArbeitnehmerInnenrechte, dieselbe Garantie auf Gesundheit und Sicherheit wie auch denselben Zugang zu lebenslangem Lernen wie ArbeitnehmerInnen in der traditionellen Wirtschaft erhalten. Die größere Freiheit, Flexibilität und Selbstbestimmung der neuen Arbeitsmodelle sollte kein Synonym für immer ausgeklügeltere Kontrollmaßnahmen, Überwachung und Leistungsanalysen von ArbeitnehmerInnen sein, zu denen

die zunehmende Digitalisierung animiert.

Unsere Fraktion fordert faire Voraussetzungen für „traditionelle“ Firmen wie auch für Unternehmen in der digitalen Wirtschaft. Es muss sichergestellt werden, dass dieselben Rechte und Pflichten in gleicher Weise für alle Akteure gelten. Ein Wetteifern um immer niedrigere Standards – eine ‚Abwärtsspirale‘ – das ist kein Fortschritt!

Die Digitalisierung kann vielmehr ein Hilfsmittel werden, um Gewerkschaften und Tarifverhandlungen auch künftig zu unterstützen. Daher müssen Gewerkschaften digitale Zugriffsrechte für digitale Arbeitsplätze sowie das Recht erhalten, im Namen von Selbstständigen in der digitalen Wirtschaft zu verhandeln.

Im Einklang mit diesen Prinzipien muss die EU ihre Sozial- und Beschäftigungsgesetzgebung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen, grundlegende Arbeits- und Sozialregelungen auf die digitale Wirtschaft übertragen und bei Bedarf neue Rechtsvorschriften erlassen. Die Europäische Säule sozialer Rechte bietet den optimalen Rahmen, um wirtschaftliche Freiheiten mit sozialen Rechten wieder in Einklang zu bringen und den technologischen Fortschritt zum Nutzen der ArbeitnehmerInnen neu auszurichten.

Unsere Fraktion trat schon immer für eine bezahlbare und erreichbare Konnektivität für alle BürgerInnen in der ganzen Europäischen Union ein. Schnelles Internet ist für Familien und Unternehmen ein unentbehrliches Gut geworden. Ohne zuverlässige Internetverbindung sind Kleine und Mittlere Unternehmen nicht konkurrenzfähig, und BürgerInnen können nicht an der Gesellschaft teilhaben. Wir haben mehrere Initiativen und Gesetzesvorlagen unterstützt, so dass die EU bei der Internetanbindung weltweit eine führende Rolle einnehmen kann.

Bis 2025 sollten alle öffentlichen Orte und Dienstleister wie Schulen, Transportknotenpunkte und die wichtigsten Anbieter öffentlicher Dienste sowie stark digitalorientierte Unternehmen Zugang zu High-Speed-Internetverbindungen bekommen. Europaweit sollen sämtliche Haushalte an Glasfaser- oder 5G-Netze angeschlossen sein, und insbesondere alle städtischen Gebiete wie auch größere Straßen und Schienenwege sollten eine lückenlose drahtlose 5G-Breitband-Abdeckung besitzen. Bis 2020 müsste in mindestens einer Großstadt jedes EU-Mitgliedstaates ein vollwertiger kommerzieller Dienst eingerichtet worden sein.

Wir brauchen dringende Investitionen, besonders in Städten und ländlichen Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte, wo von Seiten des Marktes kein High-Speed-Internet bereitgestellt wird. Wir müssen die richtigen Anreize schaffen, um dieses unverzichtbare Gut für alle zugänglich und bezahlbar zu machen.

Unsere Fraktion führte den Kampf gegen Roaming-Gebühren sowie hohe Kosten für Telefonanrufe innerhalb der EU an. Heute können alle EuropäerInnen genau den gleichen Preis für die Nutzung von Diensten wie Anrufen (an Mobil- und Festnetzgeräte) und den Versand von Textnachrichten bezahlen, wenn sie ins EU-Ausland reisen (Roaming). Sie haben nun die Möglichkeit, ihre Verwandten und Freunde zu einem vertretbaren Preis anzurufen, wenn sie sich in anderen EU-Staaten befinden. Außerdem haben wir eine neue Gesetzgebung zur Übertragbarkeit unterstützt, die

es den Verbrauchern ermöglicht, ihre Online-Inhalte und -Abonnements mitzunehmen, wenn sie sich in einem anderen EU-Land aufhalten. Jetzt gibt es keine Beschränkung mehr: TouristenInnen, Erasmus-StudentenInnen oder BürgerInnen, die im Ausland arbeiten, können in den Genuss dieser Regelungen kommen. Dennoch muss noch mehr getan werden, um sicherzustellen, dass von Fernseh- oder Radiosendern online verbreitete Inhalte auch grenzüberschreitend bereitgestellt werden. Dank der von uns unterstützten Initiative Wifi4EU, die bei der Einrichtung kleiner öffentlicher WLAN-Bereiche finanzielle Hilfe leistet, werden Kommunen zudem künftig in der Lage sein, ihren BürgerInnen oder Touristen kostenlosen Internetzugang zu bieten.

Ein kostenloser Internetzugang allein reicht jedoch nicht aus. Daher waren wir federführend bei den Bemühungen für die Aufrechterhaltung der Netzneutralität. Zugang zu und Verbreitung von legalen Inhalten oder Diensten müssen ohne jegliche Art von Diskriminierung erfolgen. Seit 2016 kommen die meisten EuropäerInnen in den Genuss eines offenen und freien Internets, anders als etwa die Menschen in den Vereinigten Staaten, wo die Netzneutralität jüngst in Frage gestellt wurde. In Europa existieren Leitlinien dazu, wie digital-verbundene öffentliche Dienste eingerichtet werden sollen, sodass die Qualität des öffentlichen Dienstes in Europa sich weiter verbessert.



Breitband – Konnektivität – Internet



Digitale Technologien haben die Art und Weise, wie wir Produkte und Werte nutzen und konsumieren, in raschem Tempo verändert. Die Europäische Union beabsichtigt, die Urheberrechtsbestimmungen an das digitale Zeitalter anzupassen und Europa damit international an vorderster Front bei der Regulierung dieses Bereichs zu platzieren. Unsere Fraktion hat auf einen ausgewogenen Urheberrechtsrahmen gedrängt, der gewährleistet, dass alle Akteure – Autoren von Inhalten und Rechteinhaber einerseits, sowie Nutzer und Verbraucher andererseits – in diesem oftmals

chaotischen digitalen Umfeld geschützt werden können. Unser Hauptziel ist es, eine faire Vergütung für Urheber, Kultur- und Kreativschaffende sicherzustellen, und somit das kritische Problem des „Value Gap“ bzw. „Wertetransfers“ anzugehen, welches Wachstum und Kreativität behindert. Wir wollen Rechtssicherheit und faire Voraussetzungen für den Kreativmarkt sowie die Wahrung der Verbraucherrechte in Bezug auf Veröffentlichung von, Zugriff auf und Weitergabe von Inhalten im Internet.

Urheberrecht und der Digitale Binnenmarkt

Datenwirtschaft und Verbraucher



Die europäische Datenwirtschaft ist Realität geworden. Unsere Fraktion hat Gesetzesvorlagen zu freiem Verkehr nicht-personenbezogener Daten, Open Data und Cloud-Diensten unterstützt. Unser Hauptziel besteht darin, den EU-Binnenmarkt zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu steigern. Durch die neuen Regelungen dürfte die europäische Datenwirtschaft um das 18-fache wachsen und bis 2020 voraussichtlich 4 % des gesamten BIPs der EU ausmachen. Ein weiterer Meilenstein zum Nutzen von VerbraucherInnen und Unternehmen ist der Beschluss der EU, Geo-Blocking zu beseitigen. Websites und Onlinehändler können künftig Nutzer nicht mehr vom Zugang zu oder Kauf auf ihrer Website ausschließen, bloß weil sich diese in einem anderen EU-Land aufhalten. Dies eröffnet Verbrauchern einen einfacheren und günstigeren Zugang zu Waren und Dienstleistungen anderer Mitgliedstaaten der EU.

Immer mehr BürgerInnen Europas tätigen regelmäßig Einkäufe im Internet. Die Mehrzahl der europäischen VerbraucherInnen ist sich allerdings ihrer Rechte nicht bewusst und weiß nicht, wie sie sich unter bestimmten

Umständen verhalten sollen, wenn gegen ihre Rechte verstoßen wird. Noch immer machen zu viele Verbraucher von ihren Rechten keinen Gebrauch. Gleichfalls erzeugt die Existenz unterschiedlicher Verbrauchervertragsgesetze Unsicherheiten bei den Unternehmen, weshalb sie es vermeiden, ihre Produkte in anderen Ländern über das Internet anzubieten. VerbraucherInnen neigen deshalb dazu, ihre online Einkäufe bei Unternehmen mit Sitz in ihrem eigenen Land zu erledigen, da sie glauben, dass sie dann besser geschützt sind, etwa wenn sie ein falsches oder beschädigtes Produkt erhalten. Unsere Fraktion hat deshalb dazu aufgerufen, einen gemeinsamen europaweiten Rechtsrahmen zu schaffen, um Unternehmen auf dem europäischen digitalen Binnenmarkt zu unterstützen. Dieser sollte ein Patchwork unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften ersetzen, die oft für Verwirrung sorgen. Die Europäische Union hat bereits mehrere Gesetzesvorlagen eingebracht, um Probleme bei Vertragsvorschriften zur Bereitstellung digitaler Inhalte und zum Verkauf von Waren über das Internet zu regeln.




AUSBLICK

Die SozialistInnen und DemokratInnen in Europa möchten sicherstellen, dass die Digitalisierung neue Chancen für alle BürgerInnen Europas schafft. In diesem sich ständig verändernden Umfeld ist der Erwerb digitaler Kenntnisse von entscheidender Bedeutung, um mit dem technologischen Fortschritt erfolgreich mithalten zu können.

Durch intelligente und faire Regulierung von Digitalisierung, Robotisierung und Künstlicher Intelligenz kann die Europäische Union die künftige Form unserer Wirtschaft und Gesellschaft gestalten. Nur so werden die EU, ihre BürgerInnen und Unternehmen in der Lage sein, alle Vorteile der digitalen (R)Evolution zu nutzen und negative Auswirkungen zu verhindern.

Die Digitalisierung muss in einer europäischen Gesellschaft und Wirtschaft münden, die inklusiv und nachhaltig ist. Niemand darf zurückgelassen werden. Die Europäische Union verfügt über alle Voraussetzungen, um ein Kontinent für alle Generationen zu werden, in dem diese ihre Träume und Ziele für ein besseres Leben in einer fairen Digitalgesellschaft verwirklichen können.





ÜBER DIE S&D-FRAKTION

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D-Fraktion) ist die zweitgrößte politische Fraktion im Europäischen Parlament mit 187 Mitgliedern aus allen 28 Mitgliedsstaaten.

Wir stehen für eine integrative, europäische Gesellschaft auf Grundlage der Prinzipien von Solidarität, Gleichheit, Vielfalt, Freiheit und Gerechtigkeit. Wir fördern soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wachstum, Verbraucherrechte, nachhaltige Entwicklung, Finanzmarktreformen und Menschenrechte, um ein stärkeres und demokratischeres Europa und eine bessere Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.



TheProgressives



socialistsanddemocrats



socsanddems



socsanddems



socsanddems



socialistanddemocrats

www.socialistsanddemocrats.eu



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament